

EDITORIAL

Dieser Band des Nordost-Archivs ist den Ereignissen in Osteuropa in den ersten Jahren nach der Russischen Revolution von 1917 gewidmet. Der Fokus richtet sich dabei vor allem auf den Zeitraum zwischen dem Abschluss der Friedensverträge von Brest-Litovsk (Februar und März 1918), die im Osten Europas das Ende des Ersten Weltkrieges markierten, und dem polnisch-sowjetischen Friedensvertrag von Riga (März 1921), in dem die polnische Ostgrenze festgelegt und damit dem östlichen Europa der Zwischenkriegszeit seine geografische Gestalt verliehen wurde. Die in diesem Zeitraum in Gang gesetzten Umgestaltungsprozesse sowie die daraus resultierenden Spannungen und Entwicklungen werden am Beispiel Russlands, Weißrusslands, der Ukraine und Polens analysiert.

Die vorliegende Ausgabe knüpft sowohl thematisch als auch chronologisch an die früheren, dem Ersten Weltkrieg und seinen unmittelbaren Folgen gewidmeten Publikationen des Nordost-Instituts an.¹ Wie schon vor zehn Jahren bietet das Forschungsfeld auch heute ein noch lange nicht ausgeschöpftes Potential und macht weitere Untersuchungen notwendig und vielversprechend.² Der im vorliegenden Heft unternommene Ansatz, aus verschiedenen Ländern stammende Historikerinnen und Historiker zu Wort kommen zu lassen, soll es ermöglichen, die Grenzen nationaler Narrative zu überwinden, Austausch und Diskussion über diese Grenzen hinweg anzuregen, neue Forschungsperspektiven zu eröffnen und bestehende zu erweitern.

Die Geschichte vieler Regionen Osteuropas in der Zeit unmittelbar nach der Russischen Revolution von 1917 und im Gefolge des Ersten Weltkrieges zeichnet sich durch eine ganze Reihe von Zäsuren und schicksalhaften Ereignissen aus, sodass für den Zeitraum zwischen Februar/Oktober 1917 und 1921 nicht von einem, sondern von vielen Wendepunkten die Rede sein kann. Die Bedeutung einzelner Ereignisse, um die es unter anderem in diesem Band geht, wird oft erst dann deutlich, wenn man sie grenzübergreifend zueinander und auch zu den nachfolgenden Wendepunkten der osteuropäischen Geschichte in Beziehung stellt – beispielsweise zu den Jahren 1939 oder 1989–1991, die in letzter Zeit im Rahmen „runder Jahrestage“ immer wieder im Zentrum des öffentlichen Interesses standen.³

Die These von Christoph Cornelißen, Wendepunkte in der Geschichte seien zugleich auch Wendepunkte in der Geschichtsschreibung, fand vielfach Bestätigung, als es im post-sowjetischen Raum und in den Ländern des ehemaligen Ostblocks nach 1991 zu einer radikalen Umdeutung der Russischen Revolution und ihrer Folgen kam. Die ideologisch aufgezwungenen Postulate über „historische Voraussetzungen“, den Verlauf und die Folgen der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ überlebten den Zerfall der Sowjetunion

1 Siehe z.B. das dem 90. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkrieges gewidmete Heft: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Neue Folge XVII (2008): Über den Weltkrieg hinaus: Kriegserfahrungen in Ostmitteleuropa 1914–1921.

2 Vgl. Joachim Tauber: Editorial, in: Ebenda, S. 7-12, hier S. 12.

3 Wertvolle Überlegungen zu Wendepunkten in der Geschichte und in der Geschichtsschreibung siehe bei Christoph Cornelißen: Wendepunkte der Geschichtswissenschaft: Zur Historiographie der deutsch-tschechisch-slowakischen Beziehungen seit 1848, in: Detlef Brandes, Dušan Kováč u.a. (Hrsg.): Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848–1989, Essen 2007, S. 307-326.

nicht lange, da die vorherrschende Auffassung, die Machtübernahme der Bolschewiki habe zu einer neuen Etappe in der Weltgeschichte geführt, den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht mehr standhalten konnte.

Dank der wissenschaftlichen Erschließung neuer Quellen machten sich Historikerinnen und Historiker in der Sowjetunion seit der Perestroika daran, „weiße Flecken zu füllen“, wobei ihr Interesse u.a. den Biografien von Vertretern der antibolschewistischen Bewegung, den mentalitäts- sowie erfahrungsgeschichtlichen Aspekten der Revolution und des Bürgerkriegs, dem Roten Terror, „volksfeindlichen“ Aufständen oder dem Leben der russischen Emigration galt. Dies hatte unter anderem zur Folge, dass die revolutionären Ereignisse in räumliche sowie zeitliche Zusammenhänge eingeordnet wurden. In der Russländischen Föderation und anderen postsowjetischen Republiken erschienen daher immer mehr Publikationen, in denen die Revolution von 1917 in ihrem wechselseitigen Verhältnis mit den gesellschaftlichen Entwicklungen zwischen 1914 und 1921 analysiert wurden.⁴ Zudem verschob sich der Schwerpunkt der den revolutionären Ereignissen von 1917 gewidmeten Forschung von den Hauptstädten Petrograd und Moskau in Richtung Peripherie, so dass die Analyse der revolutionären Prozesse in den nichtrussischen Regionen des früheren Zarenreichs und die nationale Selbstfindung in den Mittelpunkt des Interesses rückten.⁵

Doch während die russländische Regierung seit den späten 1990er Jahren verstärkt geschichtspolitische Maßnahmen ergriff, um die Erinnerung an die Revolution und den Bürgerkrieg nicht mit Gewalterfahrungen, sondern in erster Linie mit erinnerungspolitischer Aussöhnung in Verbindung zu bringen, steht eine umfassende Neuinterpretation der Ereignisse 1917–1921 noch aus. Die Hauptgründe dafür liegen in der außergewöhnlichen Heterogenität des einstigen Zarenreichs und in der damit zusammenhängenden Vielfalt der Formen, die der gesellschaftliche Umbruch in einzelnen (Rand-)Gebieten annahm. Schließlich scheint die geschichtspolitische Agenda an sich nicht ganz widerspruchsfrei zu sein, denn für den Zerfall des Zarenreiches werden in erster Linie solche Erklärungen gesucht, die eine Kontinuität der 1000-jährigen russischen Geschichte nicht in Frage stellen.⁶

Während in der Russländischen Föderation seit dem Untergang der Sowjetunion bis heute kontrovers diskutiert wird, inwieweit die revolutionären Ereignisse in der Ukraine oder im Baltikum einen Teil der gesamtrussischen Revolution von 1917 darstellen oder ob sie als gesonderte „nationale“ Revolutionen anzusehen sind,⁷ hat die ukrainische Historiografie einen bedeutenden Wandel hin zu einer national orientierten Geschichtsschreibung

4 Vgl. Ljudmila Novikova: Horizonterweiterung. Zur Historiographie der Russischen Revolution, in: Osteuropa 6/8 (2017), S. 295-304.

5 Vgl. Jurij A. Petrov: Velikaja rossijskaja revoljucija: sovremennye istoriografičeskie trendy [Die große Russische Revolution: moderne historiografische Trends], in: Jurij A. Petrov (Hrsg.): Velikaja rossijskaja revoljucija, 1917: sto let izučeniija. Materialy meždunarodnoj naučnoj konferencii (Moskva, 9-11 oktjabrja 2017 g.) [Die große Russische Revolution: Einhundert Jahre Forschung. Materialien der internationalen wissenschaftlichen Konferenz (Moskau, 9.–11. Oktober 2017)], Moskva 2017, S. 17-21.

6 Vgl. Il'ja Kalinin: Antirevolutionäre Revolutionserinnerungspolitik. Russlands Regime und der Geist der Revolution, in: Osteuropa 6/8 (2017), S. 7-17.

7 Vgl. Vitalij V. Tichonov – Sergej V. Žuravlev: Sovremennaja otečestvennaja i zarubežnaja istoriografija revoljucii, 1991–2017 gg. [Moderne russische und ausländische Geschichtsschreibung der Revolution, 1991–2017], in: Jurij A. Petrov (Hrsg.): Rossijskaja revoljucija 1917 goda: vlast', obščestvo, kul'tura [Russische Revolution von 1917: Macht, Gesellschaft, Kultur]. Bd. 1, Mo-

durchlaufen. Diese Veränderungen lassen sich anhand der Forschungen zu den Revolutionsjahren von 1917–1921 gut veranschaulichen. Seit den früheren 1990er Jahren verloren nämlich die beiden imperialen Hauptstädte (Moskau und Petrograd) sowie die innerrussischen Gouvernements als Untersuchungsgegenstand für ukrainische Forscher zunehmend an Bedeutung, während die Ereignisse in den ukrainischen Gebieten der beiden – sowohl der Österreichisch-Ungarischen als auch der Russländischen – untergegangenen Imperien immer mehr in den Vordergrund rückten.

Vor dem Hintergrund des aktuellen russisch-ukrainischen Konflikts erfahren die hundert Jahre zurückliegenden Geschehnisse eine neue geschichtspolitische Deutung, wobei historische Parallelen zu der Geschichte der kurzlebigen Ukrainischen Volksrepublik (ukr.: Ukraïns'ka Narodna Respublika, UNR) gezogen werden, deren Armee gegen die „russisch-bolschewistischen“ Truppen kämpfte. Somit spielt die „Ukrainische Revolution von 1917–1921“ eine Schlüsselrolle in der nationalen Meistererzählung über den vermeintlich hundert Jahre währenden Befreiungskampf des ukrainischen Volkes gegen den russischen Kolonialismus. Im Gegensatz zur Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik erfährt die UNR in diesen Darstellungen eine deutliche Aufwertung. Oft werden dabei allerdings gesellschaftspolitische Entwicklungen auf militärische und ethnische Aspekte reduziert, die Staatsbildungsprozesse zwischen 1918 und 1991 als teleologisch und zwangsläufig interpretiert und die engen Wechselwirkungen zwischen der sozialen Revolution und den Prozessen der Nationsbildung, die in der zeitgenössischen Wahrnehmung, in der Vielfalt von Akteuren und politischen Programmen zum Ausdruck kamen, weitgehend ausgeklammert.⁸

Zu den grundlegenden Faktoren, die die Entwicklung in der Großregion nach dem Ersten Weltkrieg entscheidend mitbestimmten, gehörten die zwischenstaatlichen Beziehungen. Diese wurden in einem internationalen Vertragswerk (dem sog. Brester System)⁹ geregelt, dessen Grundstein im Dezember 1917 mit dem Abschluss des Waffenstillstandes in Brest-Litovsk gelegt wurde. Die wichtigste Aufgabe des „Brester Systems“ bestand in der Neuordnung der ehemaligen Territorien des Russländischen, des Habsburger und des Osmanischen Reichs in Ost- und Südeuropa. Die Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen den Mittelmächten auf der einen und der UNR sowie Sowjetrußland auf der anderen Seite (Februar und März 1918) brachten vielen Regionen ebenso wie vielen neugegründeten Staaten noch keinen Frieden. Denn auch nach dem Rückzug der Armee der Mittelmächte aus den besetzten Gebieten im Osten dauerten die bewaffneten Auseinandersetzungen noch lange an, zum Beispiel während des ukrainisch-polnischen oder des polnisch-sowjetischen Krieges.

skva 2017, S. 61. Vgl. dazu: Tamara Ju. Krasovickaja: *Ėtnokul'turnyj diskurs v revoljucionnom kontekste fevralja – oktjabrja 1917 g. Strategii, struktury, personaži* [Ethnokultureller Diskurs im revolutionären Kontext von Februar bis Oktober 1917. Strategien, Strukturen, Charaktere], Moskva 2015.

8 Vgl. Tatiana Zhurzhenko: *Neuerfindung und Entsorgung. Ukraine: Die Revolution 1917 im Lichte des Majdan*, in: *Osteuropa* 6/8 (2017), S. 273-289; Rudolf A. Mark: *Revolution und Nationsbildung: Die Ukrainische Volksrepublik 1917–1921*, in: Andreas Kappeler (Hrsg.): *Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung*, Köln u.a. 2011, S. 295-308.

9 Zum Begriff siehe den Beitrag von Leontij Lannik in diesem Band. Die Auswirkung von Friedensschlüssen in Brest-Litovsk auf Neuordnung Osteuropas sowie ihre Bedeutung für die Verhandlungen in Versailles werden in der aktuellen Forschung neu interpretiert und bewertet. Siehe z.B. Borislav Chernev: *The Brest-Litovsk Moment: Self-Determination Discourse in Eastern Europe before Wilsonianism*, in: *Diplomacy & Statecraft* 22 (2011), 3, S. 369-387.

Die Grenze zwischen Krieg und Frieden war im Osten Europas viel weniger sichtbar und fassbar als im Westen, weswegen das „Brester System“ unter den sich ständig ändernden Bedingungen anfällig und brüchig blieb. Zugleich stellte es für einige neue Staaten eine wichtige Legitimationsquelle dar, was sich nicht zuletzt auch stabilisierend auf die internationalen Beziehungen auswirkte. Das „Brester System“, das trotz seines zeitlich sehr begrenzten Bestehens starke Spuren in den internationalen Beziehungen hinterließ, bleibt unterschätzt und wenig erforscht. Erst in jüngster Zeit rücken die Transformationsprozesse der Nationalisierung und Demokratisierung (in Form von Räterepubliken) in ihren Verflechtungen auf der internationalen Ebene sowie die Ideen der nationalen Selbstbestimmung in das Zentrum der Aufmerksamkeit.

Eine Auseinandersetzung mit den Neuordnungskonzepten nach dem „Großen Krieg“ verdeutlicht noch einmal, wie unterschiedlich die Reaktionen auf Umbrüche ausfallen können. Dabei ist zu konstatieren, dass Schlüsselbegriffe dieser Zeit wie beispielsweise „Nationalstaat“ höchst unterschiedlich besetzt beziehungsweise mit ganz unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden können. Die in einigen Beiträgen thematisierte weite Verbreitung unterschiedlicher Föderalisierungsprojekte zeigt, dass der Aufbau eines Nationalstaates für viele Entscheidungsträger nur eine Alternative unter vielen war. So war die Abspaltung der Ukraine von Russland im Jahr 1918 weniger das Resultat einer systematischen Politik als eine Folge des Zerfalls des Imperiums. Auch nach 1918 blieb die Idee einer föderativen Republik als Staatsform für viele osteuropäische Politiker attraktiv und nahm in verschiedensten Projekten Gestalt an.

Die vorliegende Ausgabe des Nordost-Archivs wird mit einem Essay des ukrainischen Schriftstellers Juri Andruchowytsch eröffnet. Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, den Andruchowytsch im Januar 2019 im Rahmen der Ringvorlesung „1918/19 – Auf/Brüche im östlichen Europa“ an der Universität Hamburg hielt. In seinem Essay begibt sich Andruchowytsch auf einen Streifzug durch die Geschichte von zwei bedeutenden osteuropäischen Metropolen, Lemberg und Czernowitz. Beide Städte stehen für ihre kulturelle Einzigartigkeit genauso exemplarisch wie für die dramatische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Stimmungsvoll und bildreich, aber zugleich historisch präzise zeichnet der Verfasser die aufkommenden antagonistischen nationalen Mythen und die daraus resultierenden interethnischen, interkulturellen und interkonfessionellen Spannungen nach und bietet damit einen gelungenen Einstieg in die Problematik des Themenheftes an.

In den drei folgenden Beiträgen beschäftigen sich die Autoren mit verschiedenen Aspekten der Neuordnung Osteuropas. Der Übergang der bolschewistischen Regierung zu einer offensiven Politik und das endgültige Ende der „Doppelherrschaft“ wurden durch die außenpolitische Wende im Sommer 1918 bestimmt, zu deren Hauptelementen der mit Deutschland geschlossene Friedensvertrag von Brest-Litovsk gehörte. Damit trat die Weltrevolution als unmittelbares Ziel in den Hintergrund, und die bolschewistische Einparteiendiktatur wurde gestärkt. Die Folgen dieses Friedensvertrags gehören bis heute zu den wichtigsten Forschungsfragen. Leontij Lannik (St. Petersburg) widmet sich in seinem Beitrag „Die Struktur des Brester Systems der internationalen Beziehungen: Potential, Beteiligte, Grundbedingungen und Entwicklungsprobleme“ den Verträgen und Abkommen, die in den Jahren 1917/18 zwischen Deutschland und seinen Verbündeten, den Nachfolgestaaten des Russischen Reichs und Rumänien und unter den Mittelmächten geschlossenen wurden. Der Autor analysiert das Geschehen unter Verwendung des in der Forschung bislang nicht etablierten Begriffs

„Brester System“. Er kommt zu dem Schluss, dass die in den Brester Verträgen festgelegten Bedingungen noch Jahrzehnte später in der internationalen Politik erkennbare Spuren hinterließen und infolgedessen eine der Grundlagen für die heutige politische Landkarte Osteuropas darstellen.

Noch im März 1917 sprach sich Stalin dafür aus, der Ukraine, Transkaukasien oder dem Baltikum das Recht auf politische Autonomie zu gewähren. Polen und Finnland, die *de facto* bereits nicht mehr unter russischem Einfluss standen, sollten das Recht auf völlige Selbstbestimmung erhalten. Im April 1917 ging Stalin auf der VII. Allrussischen Konferenz der RSDRP(B) sogar noch weiter und versprach allen „unterdrückten Nationen“ des Russischen Reiches nicht nur eine territoriale Autonomie, sondern das Recht auf völlige Loslösung.¹⁰ Im Juni 1917 flirtete auch Lenin offen mit den nationalen Kräften der Ukraine, indem er der Provisorischen Regierung voller Empörung vorwarf, ihre „elementare demokratische Verpflichtung“ nicht zu erfüllen, nämlich der Ukraine das Recht auf völlige Loslösung zuzugestehen. Kaum hatten die Bolschewiki allerdings selbst die Macht in der Hand, vollzogen sie im Hinblick auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukraine eine Kehrtwende um 180 Grad. Der Beitrag von Gennadii Korolov widmet sich der Idee einer weißrussisch-ukrainischen Föderation (1918–1920). Am Beispiel der Ukrainischen und der Weißrussischen Volksrepubliken zeigt er, wie der Föderalismus realpolitisch instrumentalisiert wurde, ohne zu einem wirklichen Bestandteil der politischen Agenda zu werden. Exemplarisch wird die Wahrnehmung der Föderalismusidee am Beispiel der beiden politischen Anführer Anton Luckevič und Mychajlo Hruševs'kyj untersucht. Erst nach dem Misserfolg in Paris, versinnbildlicht in der Weigerung der Siegermächte, den ukrainischen und weißrussischen Ansprüchen auf Eigenständigkeit Rechnung zu tragen, begannen die Politiker in beiden Ländern, die Föderalismusidee zu überdenken.

Der Erste Weltkrieg hatte fatale Auswirkungen für die Imperien der Romanows, der Habsburger und der Osmanen. Sie alle nutzten Xenophobie für ihre politischen Ziele und spielten geschickt die ethnische Karte, um die jeweils andere Großmacht zu destabilisieren. Nach dem Sturz der Autokratie rückte das Streben nach Autonomie bei einer ganzen Reihe nicht-russischer Völker in den Mittelpunkt, die nicht gleich die volle Unabhängigkeit, aber doch eine weitgehende Selbstbestimmung zu erreichen suchten. Es kann nicht verwundern, dass die zwischen die Fronten der „Roten“ und „Weißen“ geratenen ethnischen Eliten für die Gründung eigener lebensfähiger Staaten kämpften – wenn möglich mit ausländischer Unterstützung. Ruslan Pyrih (Kyïv) analysiert in seinem Artikel „Die deutsch-österreichische Okkupation der Ukraine 1918“ die diese Frage betreffende Historiografie. Er nimmt die aktuellen Trends in der ukrainischen Geschichtsschreibung zum Anlass, die alten Definitionen für die Truppenpräsenz der Mittelmächte in der Ukraine zu überprüfen. Dabei konzentriert er sich auf Aussagen von staatlichen und politischen Akteuren, Militärangehörigen sowie Diplomaten. Während sowohl die Mittelmächte als auch die Ukrainische Volksrepublik die „Ostkampagne“ von Beginn an offiziell als Hilfe bei der Befreiung der Ukraine von den Bolschewiki bezeichneten, verwendeten deutsche und österreichische Staatsmänner, Diplo-

10 Vgl. Dokald po nacional'nomu voprosu. VII (aprel'skaja) konferencija RSDRP (bol'shevikov) 24-29 aprelja 1917 g. [Referat über die Nationale Frage. VII. Konferenz (Aprilkonferenz) der RSDRP(B), 24. –29. April 1917], in: I.V. Stalin: Sobranie sočinenij [Werke], Bd. 3, Moskau 1946, S. 52-55.

maten und Militärs in geheimen Dokumenten häufig den Begriff „Okkupation“, der die wirkliche Lage sicherlich am besten beschreibt.

Bei den folgenden drei Texten steht die Nationalitätenfrage im Mittelpunkt: Der russische Historiker Vladimir Buldakov (Moskau) untersucht in seinem Beitrag „Revolution und Pogrom: Zur Frage der ethnischen Konflikte des Jahres 1917 in Russland“ die „von unten“ kommenden spontanen Gewaltausbrüche, insbesondere in Form von Pogromen. Der Verfall staatlicher Ordnungsstrukturen habe seines Erachtens zu einem Verfall der Moral in allen Gesellschaftsschichten geführt und in der von der Situation überforderten breiten Bevölkerung eine schlummernde „Bestie“ geweckt, sodass sich das Bild des „Fremden“ zu einer vieldimensionalen Ethnophobie entwickelte. Das Fazit des Autors lautet, dass die Intensität ethnisch motivierter Gewalt der aufgeheizten Stimmung der revolutionären Ereignisse des Jahres 1917 entsprochen habe.¹¹

Gerade einmal knapp drei Prozent der Bevölkerung Russlands beteiligten sich auf Seiten der Roten oder Weißen Armee an den Kampfhandlungen im Bürgerkrieg, während sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht eindeutig als „rot“ oder „weiß“ identifizierte, sondern schlicht bemüht war, unter den extremen Bedingungen einer gnadenlosen Auseinandersetzung irgendwie zu überleben. Arkadij German (Saratov) betrachtet in seinem Beitrag die Lage der deutschsprachigen Bevölkerung des Wolgagebiets, die wie alle anderen Völker Russlands die Schrecken des Bürgerkrieges, des „Kriegskommunismus“ und gewaltsamer Getreiderequirierungen durchlitt. Diese Entwicklung führte im gesamten Wolgagebiet (und auch in der „Deutschen Autonomie“) zu massenhaften gegen die Bolschewiki gerichteten Bauernaufständen und einer verheerenden Hungersnot.

Der Bürgerkrieg zerstörte nicht nur endgültig das russische Imperium, sondern schuf zugleich auch die Voraussetzungen für die neuerliche „Sammlung“ der ehemaligen Länder. Dass es im Kern der marxistischen Theorie widersprach, den neuen Staat nach einem föderativen Prinzip aufzubauen, störte den „Führer des Weltproletariats“ kaum, da er ohnehin davon ausging, dass alle Entscheidungen nur vorübergehenden Charakter hätten und durch die baldige Vollendung der Weltrevolution revidiert würden. Vor dem Hintergrund der „weißen“ Parole einer Wiedererrichtung des „Einen und Unteilbaren Russland“ stieg das Interesse der nicht-russischen Ethnien für die von den Sowjets vertretenen föderativen Konzepte. Die leitenden Vertreter der Weißen Bewegung waren über die Frage uneins, welche Rolle dem ethnischen Faktor im künftigen Russland zugedacht war, welche Prinzipien das Verhältnis zwischen Zentrum und ethnischer Peripherie bestimmen sollten und welcher Grad an Autonomie ethno-kulturellen Selbstverwaltungen zugestanden werden sollte. Ihre Konzepte verbanden in unterschiedlicher Gewichtung autonome, regionale, föderalistische und zentralistische Elemente. Aleksandr Pučenkov (St. Petersburg) beschäftigt sich mit der Nationalitätenpolitik General Denikins, der zu den wichtigsten Führern der Weißen Bewegung in Südrussland gehörte. Nach seiner Einschätzung lässt sich das Scheitern der von den Weißen verfolgten Politik darauf zurückführen, dass diese ausschließlich auf Zwangsmaßnahmen setzten. Das wichtigste und einzige Argument, mit dem sie die nicht-russischen Völker zu überzeugen versuchten, war die militärische Gewalt. Auch wenn die Regierung Denikin bereit war, den einzelnen Völkern eine „weitgehende Autonomie“ zuzugestehen,

11 Vgl. dazu: Stephen A. Smith: *The Historiography of the Russian Revolution 100 Years On*, in: *Kritika* 4 (2015), S. 733-749, hier S. 737 f.; Novikova, *Horizontenerweiterung* (wie Anm. 4), S. 302.

sollte dies ausschließlich im Rahmen des einen russischen Staates erfolgen. Das Unvermögen der Weißen, eine „flexible“ Nationalitätenpolitik umzusetzen, steht nach Einschätzung Pučenkovs für den gesamten politischen Kurs Denikins und sei letztlich auch für die Niederlage der Weißen Bewegung in Russland verantwortlich gewesen.

Die für die neuen Staaten äußerst wichtige Grenzfrage wird in den Texten von Marek Żejmo (Olsztyn) und Hennadii Yefimenko (Kyiv) am polnischen und ukrainischen Beispiel behandelt. Einige nach der Revolution von 1917 unternommene nationalen Emanzipationsbestrebungen waren – wie im Fall Finnlands, Polens und der baltischen Staaten – von Erfolg gekrönt. Für die Wiedererrichtung der eigenen Macht und der Einhegung konkurrierender Kräfte begannen die Bolschewiki einen militärischen Feldzug, dessen Ziel darin bestand, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen und diejenigen Grenzen zu sichern, die die Integrität des sowjetischen Territoriums, die ökonomische Überlebensfähigkeit und ihre politische und ideologische Vormachtstellung garantierten. Mit der Frage der nach dem Ende des Ersten Weltkriegs für die Festlegung der Ostgrenzen Polens ausschlaggebenden geopolitischen Bedingungen setzt sich der polnische Historiker Marek Żejmo in seinem Beitrag auseinander. Der Verlauf der polnischen Ostgrenze blieb auch nach der Wiederherstellung eines souveränen polnischen Staates lange Zeit umstritten. Die Grenzziehung im Osten war nicht nur infolge der ethnischen Zusammensetzung der in den Grenzgebieten lebenden Bevölkerung kompliziert, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass auf polnischer Seite die größeren politischen Gruppierungen um Roman Dmowski und Józef Piłsudski in dieser Frage uneinig waren. Zu einem wesentlichen Teil war der Verlauf der Ostgrenze das Ergebnis erbitterter militärischer Kämpfe und der daraus resultierenden Kompromisse. Schließlich entstand eine Grenze zwischen zwei verfeindeten politischen Systemen, die für viele Jahre mehr oder weniger geschlossen blieb und die in der gesamten Zwischenkriegszeit für Spannungen in den Beziehungen beider Länder sorgte. Diese Grenze ähnelte in manchen Abschnitten einer Demarkationslinie, da sie viele historisch gewachsene Ortschaften und lokale Gesellschaften durchschnitt sowie Familien trennte, sodass sich Verwandte und Angehörige häufig auf der gegenüberliegenden Seite befanden.

Die Partei der Bolschewiki ging mit einem Programm zur nationalen Frage in den politischen Kampf, in dem das Recht der Völker bis hin zu einer Loslösung vom russischen Imperium ausgesprochen wurde. Die dem Programm innewohnende Sprengkraft für das Vielvölkerreich war der Partei sehr wohl bewusst. Daher sollte nach der Machtübernahme das verkündete Recht auf Selbstbestimmung durch das Recht auf „souveräne“ Autonomie unter Moskauer Kontrolle ersetzt werden und „faktische“ Gleichheit der Nationen angestrebt werden. Da sich aber der nationale Emanzipationsprozess nicht einfach stoppen ließ, blieb den Bolschewiki keine andere Wahl, als die Prinzipien des föderativen Aufbaus des Sowjetstaats und der territorialen Einteilung nach nationalen und sprachlichen Kriterien anzuerkennen. Zugleich gab das nationale Selbstbestimmungsrecht den nationalen Eliten ein effektives Instrument in die Hand, an das Moskauer Zentrum zu appellieren und ihre Forderungen vorzubringen. Hennadii Yefimenko widmet sich in seinem Beitrag der Frage der ukrainisch-russischen Grenze in den Jahren 1917–1920, die sich erst nach dem Sturz der Autokratie gestellt habe, da die Ukrainische Zentralrada in Kiev die Forderung nach einer Ukrainischen Autonomie erhoben habe und sich mit dem Problem der territorialen Zusammensetzung der Ukraine beschäftigt habe. Zwar begründete die Ukrainische Zentralrada bereits im Frühling 1917 ihre Ansprüche mit ethnografischen Argumenten, doch

vermochte die ukrainische Seite bei den Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung in Petrograd ihre Position nicht durchzusetzen. Nach dem Machtwechsel in Russland wurde in Kiev die Ukrainische Volksrepublik ausgerufen, deren Territorium alle mehrheitlich von Ukrainern bewohnten Gebiete umfassen sollte. Lenins Regierung erkannte die im November 1917 festgelegten Grenzen *de facto* zwar an, strebte aber eine sowjetische, also abhängige Ukraine an. Bei der späteren Grenzziehung zwischen der Ukrainischen und der Russländischen Sowjetrepublik verlor das ethnografische Kriterium immer mehr an Bedeutung, so dass nunmehr den Grenzveränderungen von 1920 vor allem ökonomische Faktoren zugrunde lagen.

Den innenpolitischen Debatten zur „polnischen Frage“, die im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn in den Jahren 1917–1918 geführt wurden, ist der Artikel der österreichischen Historikerin Elisabeth Haid gewidmet. Einerseits waren die Diskussionen von den jeweiligen innenpolitischen Konstellationen geprägt, wobei auch die Erfahrungen des Kriegs eine wesentliche Rolle spielten. Während sich im Deutschen Reich die unter den Polen geführten Debatten um das Fortbestehen rechtlicher Diskriminierungen drehten, standen in Österreich Beschwerden über die im Krieg von Regierung und Armee begangenen Rechtsverletzungen im Mittelpunkt. Andererseits hatte die veränderte außenpolitische Konstellation entscheidenden Einfluss. Das Werben der beiden Teilungsmächte um die Sympathien der Polen weckte Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer innenpolitischen Situation, eröffnete zugleich aber auch Perspektiven für die Wiederherstellung eines polnischen Staatswesens. Im Deutschen Reich ging es in den Debatten vorwiegend um gleiche staatsbürgerliche Rechte, in der Habsburgermonarchie um Fragen der nationalen Autonomie. Politische Reformen ließen in beiden Staaten allerdings auf sich warten. Die Gefahr zentrifugaler Tendenzen wurde als Argument herangezogen, um Reformen zu blockieren. Angesichts alternativer politischer Optionen sank die Kompromissbereitschaft der polnischen Seite. Standen die Debatten 1917 noch überwiegend im Kontext innenpolitischer Reformen, gerieten 1918 die polnischen Forderungen gegenüber dem Ziel eines unabhängigen Polen zunehmend ins Hintertreffen.

Die Revolution des Jahres 1917 sollte die Entwicklung nicht nur in Russland und den unmittelbaren Nachbarn, sondern in der ganzen Welt für viele Jahrzehnte bestimmen. Die Ideologie der kommunistischen Weltordnung, unter deren Fahne die Bolschewiki im Oktober 1917 an die Macht gelangten, übte erheblichen Einfluss auf viele Länder aus. Es bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe der Geschichtswissenschaft, das großangelegte „sowjetische Experiment“ aufzuarbeiten.

Bei der redaktionellen Bearbeitung der Texte wurde bei Ortsbezeichnungen in der Regel auf die deutschsprachige wissenschaftliche Transliteration zurückgegriffen, wobei die zeitgenössische administrative Zugehörigkeit – soweit möglich – berücksichtigt wurde. So wurden Orts- bzw. Gebietsbezeichnungen wie Odesa (russ. Odessa) und Donbas (russ. Donbass) durchgehend verwendet. In denjenigen Fällen, in denen eine deutsche Schreibweise vorliegt, wurde auf diese zurückgegriffen, beispielsweise Lemberg (poln. Lwów, ukr. Lwiv) oder Kiev (ukr. Kyiv).

Victor Dönninghaus, Lüneburg
Dmytro Myeshkov, Lüneburg